

Wahl im Zeichen des Klimawandels?

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 172 vom 28. Juli 2021

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 172 vom 28. Juli 2021, S. 8,
unter dem Titel:

"Wahl im Zeichen des Klimawandels? Auch nach
der Flutkatastrophe ist für die Mehrheit ein anderes
Thema noch wichtiger."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Großes Interesse an der Hochwasserkatastrophe
	A	2	Wird in Deutschland genug für den Klimaschutz getan?
	A	3	Hochwasserkatastrophe verstärkt die Bedeutung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit für die Bevölkerung
	A	4	Politikbereiche, in denen es einen Kurswechsel geben sollte
	A	5	Rangfolge der Kriterien für die Wahlentscheidung bleibt unverändert
	A	6	Schichtspezifisch unterschiedliche Kriterien für die Wahlentscheidung
	A	7	Parteikompetenz für Klimaschutz als ganzheitliches Konzept
	A	8	Was hilft dem Klimaschutz am meisten?
	A	9	Die Vorbehalte gegen E-Autos gehen bisher nicht zurück
	A	10	Mehrheit für Technologieoffenheit
	A	11	Technischer Fortschritt als entscheidender Schlüssel gegen den Klimawandel?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Einfluss des Klimawandels
		2	Sorgen über den Klimawandel
		3	Die Bekämpfung des Klimawandels ist auch in Pandemiezeiten aus Sicht der deutschen Bevölkerung die wichtigste globale Herausforderung
		4	Agenda für die nächste Bundesregierung
		5	Kriterien für die Wahlentscheidung
		6	Steiler Anstieg der Sympathien für die Grünen in dieser Legislaturperiode
		7	Grüne Parteisympathien sind ausgeprägt schichtgebunden ...
		8	...und noch stärker altersgebunden
		9	Klimaschutz mit Augenmaß
		10	Mehrheit überzeugt: großes Potential des technologischen Fortschritts

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Wahl im Zeichen des Klimawandels?

Diese Legislaturperiode hatte zwei große Themenzyklen, die die gesellschaftlichen Debatten geprägt und teilweise Weltbilder und die politische Agenda verändert haben: die Pandemie und den Klimawandel. Insbesondere das Jahr 2019 stand ganz im Zeichen der Klimadebatten und der Fridays for Future-Demonstrationen, ehe die Pandemie ab März 2020 die Aufmerksamkeit absorbierte. Klimaschutz und generell Nachhaltigkeitsthemen wurden dadurch zwar nicht aus dem Bewusstsein verdrängt, standen aber nicht mehr so im Mittelpunkt der Berichterstattung und Debatten wie zuvor.

Die Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und die Deutung ihrer Ursachen in der Berichterstattung haben dem Thema neue Aktualität verliehen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat die Berichte intensiv verfolgt, ähnlich wie Tabelle A 1 bei den Hochwasserkatastrophen 2002 und 2013. Mehr als damals wurden die Ereignisse diesmal jedoch als Folge des Klimawandels

eingeorndet. 2002 sahen 52 Prozent hier einen unmittelbaren Zusammenhang, 2013 45 Prozent, diesmal 62 Prozent. Schaubild 1

Die Ereignisse haben auch die Sorgen über den Klimawandel wieder verstärkt, jedoch in Grenzen: Am Jahresbeginn waren 46 Prozent der Bevölkerung über den Klimawandel sehr besorgt, aktuell sind es 52 Prozent, 2019 waren es zeitweise 56 Prozent. Der Langzeittrend zeigt, dass diese Sorge volatil ist, abhängig von anderen Themen und Entwicklungen, die die Bürger beschäftigen. Der großen Mehrheit ist jedoch bewusst, dass Klimaveränderungen gravierende Konsequenzen haben. 68 Prozent Schaubild 2

rechnen die Bekämpfung des Klimawandels daher zu den größten globalen Herausforderungen, gefolgt von dem Kampf gegen Umweltverschmutzung, der Bewahrung der Artenvielfalt und der Bekämpfung von Pandemien. Diese Bedeutung wurde dem Klimathema schon vor der Hochwasserkatastrophe zugeschrieben. Unter dem Eindruck der Ereignisse verstärkte sich jedoch die Einschätzung, in Deutschland werde zu wenig für den Klimaschutz getan. Unmittelbar vorher waren davon Schaubild 3

41 Prozent überzeugt, in den Tagen danach 54 Prozent. Die höheren sozialen Schichten ziehen eine wesentlich kritischere Bilanz als die Mittelschicht und insbesondere die schwächeren sozialen Schichten. Generell ist das Interesse an Nachhaltigkeitsthemen zunehmend eine Frage der sozialen Schicht. Auch wenn die Mehrheit der gesamten Bevölkerung Umwelt- und Klimaschutz große Bedeutung bei- Tabelle A 2

misst, werden diese Themen vor allem von Wirtschaft, Politik und den höheren Sozial-schichten vorangetrieben.

In dem Forderungskatalog an die nächste Bundesregierung spielen Klimaschutz und eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Politik eine große Rolle. Zwar dominiert nach wie vor die Pandemie die derzeitige politische Agenda der Bürger. Die überwältigende Mehrheit konfrontiert die nächste Bundesregierung vor allem mit den Erwartungen, das Gesundheitssystem zu stärken und personell gut auszustatten, die Pandemie einzudämmen und trotz Pandemie für verlässlichen Schulunterricht und Kinderbetreuung zu sorgen. Die Mehrheit hält es jedoch gleichzeitig für dringlich, den Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben und für einen schonenden Umgang mit Ressourcen zu sorgen. Beide Ziele haben unter dem Eindruck der Ereignisse an Bedeutung gewonnen: Unmittelbar vor der Katastrophe zählten 58 Prozent Klimaschutz zu den wichtigsten Aufgaben, mit denen die nächste Regierung konfrontiert ist, in den Tagen danach 67 Prozent.

Schaubild 4

Tabelle A 3

Zugleich gehörten Umwelt- und Klimaschutz schon vor den Ereignissen zu den Politikfeldern, bei denen die Mehrheit nach der Wahl einen Kurswechsel wünscht. 55 Prozent halten dies für notwendig. Damit steht dieses Politikfeld jedoch nicht allein. Auch bei der Renten- und Bildungspolitik, in Bezug auf die Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt, die

Tabelle A 4

Bekämpfung der Pandemie und die Flüchtlingspolitik hält die Mehrheit einen Neustart für geboten. Forderungen nach einem Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik rangieren gleichauf mit der Klimapolitik; dies ist besonders bemerkenswert, wenn man berücksichtigt, dass nicht zuletzt durch die Pandemie die Zahl der Flüchtlinge, die nach Europa kamen, stark gesunken ist und das Thema auch in der Berichterstattung der letzten ein, zwei Jahre nur eine untergeordnete Rolle spielte. Aber im Bewusstsein der Bürger ist dieses Thema unverändert aktuell.

Dies zeigt sich auch bei den Kriterien für die Wahlentscheidung. Befragt, was eine Partei erfüllen muss, um bei der eigenen Stimmabgabe in Frage zu kommen, spielt die Positionierung zu Migration eine zentrale Rolle – noch vor Klimaschutz und Sozialpolitik. Am wichtigsten sind den Bürgern klare Ziele für die Gestaltung der Zukunft des Landes, gefolgt von der Qualität des Spitzenpersonals. Schon auf dem dritten Rang, von 53 Prozent angeführt, liegt jedoch die Positionierung in Bezug auf die Steuerung von Migration, gefolgt von dem Engagement für Klimaschutz, das für 49 Prozent eines der besonders wichtigen Kriterien ist. Diese Rangfolge hat sich auch unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Wochen nicht verändert. Und es gibt weitere Kriterien, die für einen Großteil der Wähler Bedeutung haben: die Pläne für die Weiterentwicklung des Sozialstaats, die Positionierung

Schaubild 5

Tabelle A 5

in Bezug auf die Entwicklung der Staatsschulden, die Berücksichtigung der Interessen der jungen Generation, die Kanzlerkandidaten und die Wirtschaftskompetenz der Parteien.

Die höheren Sozialschichten messen Klimaschutz, Engagement für die Interessen der jungen Generation und Wirtschaftskompetenz überdurchschnittliche Bedeutung bei, die schwächeren sozialen Schichten den Plänen für die Weiterentwicklung des Sozialstaats. Dagegen gehört die Positionierung in der Migrationspolitik quer durch alle Schichten zu den wichtigsten Kriterien für die Bewertung der Parteien. Die Ergebnisse zeigen, dass es keineswegs ausgemacht ist, dass die bevorstehende Wahl von einem Thema dominiert wird. Auch die Entwicklung der Pandemie könnte die gesellschaftliche Diskussion noch einmal verändern. Zurzeit ist zwar die Positionierung der Parteien bei der Pandemiebekämpfung nur für 35 Prozent der Wähler eines der wesentlichen Kriterien für die eigene Wahlentscheidung; dies hat auch mit den aktuellen Lockerungen und dem relativ breiten Konsens zwischen den meisten Parteien in dieser Frage zu tun. Zurzeit nehmen die Kontroversen über den Umgang mit Impfunwilligen jedoch zu und der Blick in andere europäische Länder zeigt, dass sich dieses Thema rasch emotional aufladen kann.

Tabelle A 6

Schaubild 5

Falls Klimaschutz in den Wochen vor der Wahl die Menschen besonders beschäftigt, verbessert das die Chancen der Grünen, die Diskussionen über ihr Spitzenpersonal hinter sich zu lassen und sich programmatisch zu

profilieren. Obwohl mittlerweile fast alle im Bundestag vertretenen Parteien in ihren Programmen Klimaschutz eine zentrale Rolle zuweisen, sind die Grünen und nur sie für die große Mehrheit die Klimaschutzpartei. Dieses Thema hat ihre Ausgangslage für die Wahl im Vergleich zu 2017 völlig verändert, nicht erst in den letzten Wochen, sondern schon in der Mitte der Legislaturperiode. 2017 setzten nur 9 Prozent der Wahlberechtigten die Grünen auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien, auch 2018 nur wenig mehr. 2019 sprangen die Sympathien auf 21 Prozent und liegen aktuell bei 23 Prozent. Die Zweitstimmenwahlabsichten entwickelten sich parallel; die Grünen, die 2017 mit 8,9 Prozent das schwächste Ergebnis aller im Bundestag vertretenen Parteien verzeichneten, liegen aktuell in den Zweitstimmenwahlabsichten bei 20 Prozent. Dabei sind sie alles andere als eine Volkspartei, die in allen Bevölkerungskreisen verankert ist. Ihre Bastionen sind vor allem die junge Generation und die höheren Sozialschichten. Aber dort ist ihr Rückhalt groß, insbesondere bei unter 30-Jährigen aus den höheren Schichten; von ihnen setzen 45 Prozent die Grünen auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien.

Schaubild 6

Tabelle B1

Schaubilder 7 und 8

Ob das Anliegen Klimaschutz dauerhaft grüne Sympathien stärkt, ist nicht ausgemacht. Bisher bemühen sich mit Ausnahme der AfD alle Parteien, ihr Engagement für Klimaschutz zu betonen. Die Regierungskoalition hat noch in den letzten Tagen vor der Sommerpause ambitioniertere Ziele beschlossen. Auf der Ebene

des abstrakten Ziels Klimaschutz gibt es einen breiten parteiübergreifenden Konsens. Aber Debatten über die Umsetzung, über konkrete Maßnahmen werden bisher nur ansatzweise geführt – aber da wird es interessant und auch kontrovers.

Die große Mehrheit möchte keinen Klimaschutz um jeden Preis, sondern ein ganzheitliches Konzept, das die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft einbezieht und bei Zielkonflikten Kompromisse sucht. 75 Prozent der Bürger vertreten diese Position; nur 20 Prozent fordern dagegen, dass die Politik alles andere dem Klimaschutz unterordnen sollte. Die potentiellen Wähler der Grünen sind in dieser Frage völlig gespalten, während die Anhänger aller anderen Parteien mit großer Mehrheit für die Kompromisslinie votieren. Während die Grünen von der überwältigenden Mehrheit als Anwalt von Klimaschutz gesehen werden, trauen ihnen nur 28 Prozent zu, Klimaschutz als ganzheitliches Konzept zu verfolgen, das die Auswirkungen von Maßnahmen auf Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt.

Schaubild 9

Tabelle A 7

Den Bürgern ist auch bewusst, dass Klimaschutz nur mit einer gemeinsamen weltumspannenden Kraftanstrengung vorangebracht werden kann. 72 Prozent halten es für mit am wichtigsten, dass sich alle Länder um eine Verringerung der Klimabelastungen bemühen. Die Bürger wissen auch, dass das bisher nicht der Fall ist. Trotzdem unterstützen sie das nationale und europäische Engagement für einen

Tabelle A 8

besseren Klimaschutz. Wenn verstärkt Maßnahmen ergriffen würden, die die Bürger belasten, während gleichzeitig in weiten Teilen der Welt Klimaschutz weiter vernachlässigt wird, ist es fraglich, ob die Unterstützung hält. Der Rückhalt für die Energiewende geht seit Jahren zurück, die Maßnahmen im Mobilitätssektor treffen von vornherein auf viel Skepsis. Trotz der politischen Signale und Beschlüsse bezweifelt die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor, dass die Elektromobilität die einzig mögliche und überzeugende Option ist, um einen besseren Klimaschutz zu erreichen. 58 Prozent sehen die Umweltbilanz von Elektroautos zurzeit noch kritisch. Nur 21 Prozent halten daher die vorrangige Förderung der Elektromobilität für richtig, die Mehrheit plädiert für Technologieoffenheit.

Tabelle A 9

Tabelle A 10

Die Bevölkerung setzt in hohem Maße auf den technologischen Fortschritt – mehr als die Politik, die Schwierigkeiten hat, nur schwer kalkulierbare Technologiesprünge in ihren langfristigen Plänen zu berücksichtigen. Problematisch wird es, wenn die Politik Maßnahmen beschließt, die Innovationen be- oder verhindern. 60 Prozent der Bevölkerung sind jedoch überzeugt, dass der technologische Fortschritt wesentlich zur Verringerung der Klimabelastung beitragen kann. 45 Prozent sind sogar überzeugt, dass der technische Fortschritt der entscheidende Schlüssel zum Erfolg ist und dass alle anderen Maßnahmen im Vergleich dazu weniger Wirkung zeigen werden. Die Debatten über die konkreten Maßnahmen werden in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen und versprechen in den Spannungsfeldern zwischen Marktmecha-

Schaubild 10

Tabelle A 11

nismen und Innovationsförderung einerseits, staatlicher Lenkung und Restriktionen andererseits viel Konfliktstoff. In diesem Wahlkampf mochten die Parteien diese wichtigen Debatten nicht führen.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1243
Befragungszeitraum:	3.7. bis 22.07.2021
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Großes Interesse an der
Hochwasserkatastrophe

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In einigen Teilen Deutschlands hat es in den letzten Wochen schwere Überschwemmungen gegeben. Wie ausführlich haben Sie das verfolgt? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt			
	23.8.- 1.9. 2002	Aug./ Sept. 2002	Juli 2013	17.- 22.7 2021
	%	%	%	%
"sehr ausführlich"	40	38	27	40
"ausführlich"	47	48	50	38
"weniger"	12	13	20	20
"kaum, gar nicht"	1	1	3	1
Keine Angabe	x	x	x	1
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 6166

Wird in Deutschland genug für den Klimaschutz getan?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Wird in Deutschland zu wenig für den Klimaschutz getan, oder eher zu viel, oder würden Sie sagen 'gerade richtig'?"

	Bevölkerung ab 16 Jahre		Sozialökonomischer Status		
	bis 14.7. %	ab 17.7. %	niedrig %	mittel %	hoch %
Zu wenig.....	41	54	31.....	44.....	55
Eher zu viel	13	9	15.....	12.....	8
Gerade richtig.....	33	22	33.....	32.....	26
Unentschieden	13	15	21.....	12.....	11
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166, Juli 2021

Hochwasserkatastrophe verstärkt die
Bedeutung von Klimaschutz und
Nachhaltigkeit für die Bevölkerung

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl im
September denken: Worum sollte sich die neue Regierung besonders
kümmern, was ist Ihnen besonders wichtig?"

Bevölkerung insgesamt	
bis 14.7.	ab 17.7
%	%

Auszug aus den Vorgaben

Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben	58	67
Für mehr Nachhaltigkeit, für einen schonenderen Umgang mit Ressourcen sorgen	56	66

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166, Juli 2021

Politikbereiche, in denen es einen
Kurswechsel geben sollte

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Politikbereiche. Einmal unabhängig davon, ob Sie sich einen Regierungswechsel wünschen oder nicht: Sind hier auf der Liste Politikbereiche, in denen Sie sich eine deutlich andere Politik, einen Neustart wünschen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Umwelt- und Klimaschutz.....	55
Flüchtlingspolitik, Integration	55
Rente.....	54
Bildung	52
Bekämpfung der Corona-Pandemie.....	52
Wohnen, Wohnungsmarkt.....	51
Gesundheit.....	48
Digitalisierung.....	46
Soziales, soziale Absicherung	46
Haushalt, Finanzen, Steuern.....	37
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	35
Innere Sicherheit.....	35
Verkehr.....	32
Gleichberechtigung	30
Familie.....	25
Europa, europäische Integration	25
Außenpolitik	25
Nein, in keinem davon.....	3

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12034, April 2021

Rangfolge der Kriterien für die
Wahlentscheidung bleibt unverändert

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was muss eine Partei erfüllen, damit sie bei der diesjährigen
Bundestagswahl für Sie in Frage käme?"

Bevölkerung insgesamt

bis ab
14.7. 17.7
% %

Auszug aus den Vorgaben

Ob sie klare Ziele für die Zukunft hat	76	78
Nach dem Spitzenpersonal der Partei, ob sie fähige Leute hat.....	61	59
Wie die Partei zu Einwanderung und Migration steht	52	60
Danach, wie sehr sich die Partei für Klimaschutz einsetzt	49	52
Ob die Partei plant, die sozialen Sicherungs- systeme auszubauen.....	47	43
Wie die Partei mit den Staatsschulden umgehen möchte	45	41
Danach, wie sehr sich die Partei für die Interessen der jungen Generation einsetzt.....	44	43

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166, Juli 2021

Schichtspezifisch unterschiedliche Kriterien
für die Wahlentscheidung

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was muss eine Partei erfüllen, damit sie bei der diesjährigen Bundestagswahl für Sie in Frage käme?"

	Bevölkerung insgesamt %	Sozialökonomischer Status		
		niedrig %	mittel %	hoch %
Auszug aus den Vorgaben				
Wie die Partei zu Einwanderung und Migration steht	53	56	53	52
Danach, wie sehr sich die Partei für Klimaschutz einsetzt	49	34	52	57
Ob die Partei plant, die sozialen Sicherungssysteme auszubauen	46	55	47	36
Danach, wie sehr sich die Partei für die Interessen der jungen Generation einsetzt.....	44	35	46	47
Nach der Wirtschaftskompetenz der Partei	38	30	39	44

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166

Parteikompetenz für Klimaschutz als ganzheitliches Konzept

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

"Klimaschutz ist sehr wichtig, aber man muss dabei unbedingt die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft im Auge behalten und Kompromisse finden."

FRAGE: "Welche der Parteien würde dieses Konzept Ihrer Meinung nach am ehesten umsetzen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Die Grünen.....	28
CDU/CSU.....	22
SPD.....	8
FDP.....	5
Linke.....	3
AfD.....	3
Andere Partei.....	3
Keine Partei.....	13
Unentschieden, weiß nicht.....	25

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166, Juli 2021

Was hilft dem Klima am meisten?

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie, wie könnte es vor allem gelingen, die Klimabelastung wesentlich zu reduzieren, was ist da Ihrer Meinung nach am wichtigsten?"

	Bevölkerung insgesamt %
<i>Um die Klimabelastung zu reduzieren, ist es am wichtigsten, dass -</i>	
die Regenwälder geschützt und aufgeforstet werden	74
sich alle Länder gleichermaßen um eine Verringerung der Klimabelastung bemühen	72
der Industrie strengere Vorgaben zum CO ₂ -Ausstoß gemacht werden	61
schadstoffarme Antriebssysteme für Autos und LKWs eingesetzt werden	60
weniger fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle genutzt werden	58
der Straßenverkehr entlastet wird, indem der Güterverkehr verstärkt auf Schienen- und Wasserwege umgeleitet wird	57
der öffentliche Nahverkehr gefördert und ausgebaut wird	57
alternative Kraftstoffe wie z.B. Wasserstoff stärker gefördert werden	56
die Stromversorgung noch stärker auf erneuerbare Energien umgestellt wird	56
die Menschen ihre Konsumgewohnheiten ändern, also weniger oder umweltbewusster einkaufen	53
die Menschen weniger Auto fahren	46
der Flugverkehr eingeschränkt wird	46
die Menschen ihre Ernährung umstellen, z.B. weniger Fleisch essen	43
der Verkehrsfluss durch intelligente Verkehrsleitsysteme, bessere Ampelschaltungen, vernetzte Autos verbessert wird	39
die Geschwindigkeit auf Autobahnen durch ein allgemeines Tempolimit begrenzt wird	35
die Menschen ihr Fahrverhalten ändern, z.B. nicht mehr so schnell fahren	30
das Straßennetz ausgebaut wird, um Staus zu vermeiden	26
die Laufzeit von Kernkraftwerken verlängert wird	20

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12035, Mai 2021

Die Vorbehalte gegen E-Autos gehen bisher nicht zurück

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal unabhängig davon, ob ein Elektroauto für Sie in Frage käme:
Was von dieser Liste spricht in Ihren Augen dagegen, sich zurzeit ein
Elektroauto zu kaufen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Die Kosten für die Anschaffung eines Elektroautos sind zu hoch.....	69
Die Reichweite von Elektroautos ist zu gering.....	67
Es gibt zu wenig Ladestationen für Elektroautos	66
Da Aufladen von Elektroautos dauert zu lang.....	60
Es ist fragwürdig, ob Elektroautos wirklich umweltfreundlich	58
Die Antriebstechnik von Elektroautos ist noch nicht ausgereift	54
Unser Stromnetz ist auf eine deutlich höhere Zahl von Elektroautos nicht vorbereitet	43
Der Strom für Elektroautos kommt nach wie vor zu einem großen Teil aus Kohle und Kernenergie.....	42
Die Ladestationen sind oft nicht gut erreichbar.....	37
Das Bezahlssystem an den Ladestationen ist nicht einheitlich	21
Die Ladestationen sind oft schwierig zu bedienen.....	19
Bei Elektroautos kommt kein typisches Fahrgefühl auf	12

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12035, Mai 2021

Mehrheit für Technologieoffenheit

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Derzeit werden in der Politik ja vor allem Autos mit Elektroantrieb gefördert. Finden Sie es richtig, dass die Politik in erster Linie die Elektromobilität fördert, oder sollte die Politik nur generelle Vorgaben für die Umweltfreundlichkeit machen, die von neuen Autos zu erfüllen sind?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Politik sollte nur Vorgaben für Umweltfreundlichkeit machen	51
Vorrangige Förderung der Elektromobilität ist richtig	21
Unentschieden	28
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12035, Mai 2021

Technischer Fortschritt als entscheidender
Schlüssel gegen den Klimawandel?

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Ob wir in Deutschland bei Klimaschutz vorankommen, hängt vor allem vom technischen Fortschritt ab. Das ist der entscheidende Schlüssel gegen den Klimawandel, alle anderen Massnahmen bringen im Vergleich dazu viel weniger.' Würden Sie dem zustimmen, oder würden Sie dem nicht zustimmen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Zustimmen.....	45
Nicht zustimmen.....	25
Unentschieden	30
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166, Juli 2021

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 1. Halbjahr	33,5	6,5	15,5	21,0	7,5	11,0	5,0
3. - 16. Juli.....	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August.....	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5
7. - 20. Oktober...	35,5	6,0	17,0	20,0	7,0	10,0	4,5
1. - 11. November...	37,0	6,5	17,0	18,0	7,5	9,5	4,5
28.Nov. - 10.Dez...	37,0	7,0	16,5	19,0	7,0	9,0	4,5
2021: 10.-20. Januar.....	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar...	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März.....	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April.....	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai...	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai.....	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni...	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. bis 14. Juli....	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli.....	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0

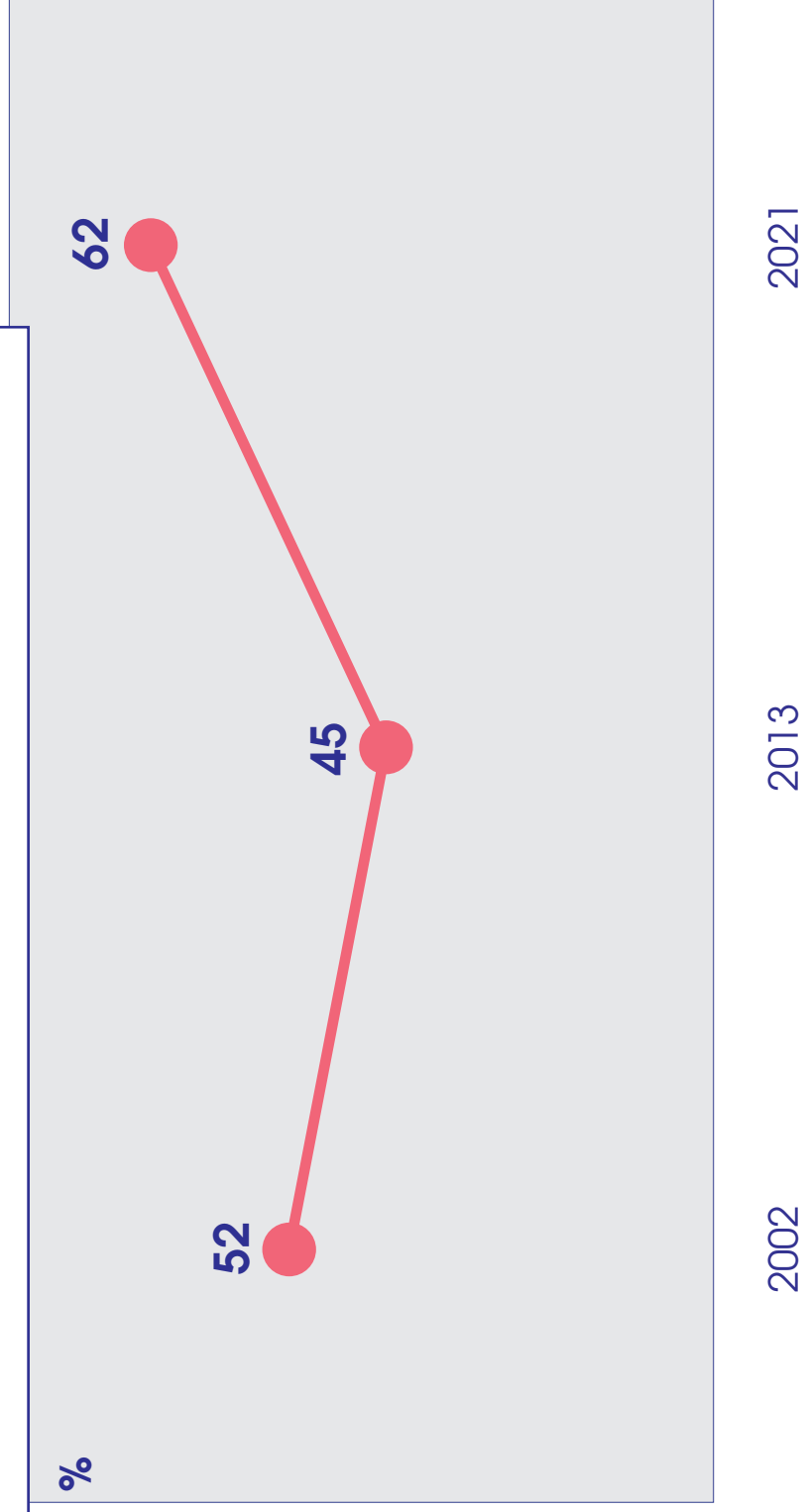
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.243 Personen

Schaubilder

Einfluss des Klimawandels

Frage: "Was glauben Sie: Sind diese Überschwemmungen Folge einer langfristigen Klima-
veränderung, oder ist das kein Anzeichen für eine Klimaveränderung?"

Es werten die Überschwemmungen als Folge des Klimawandels

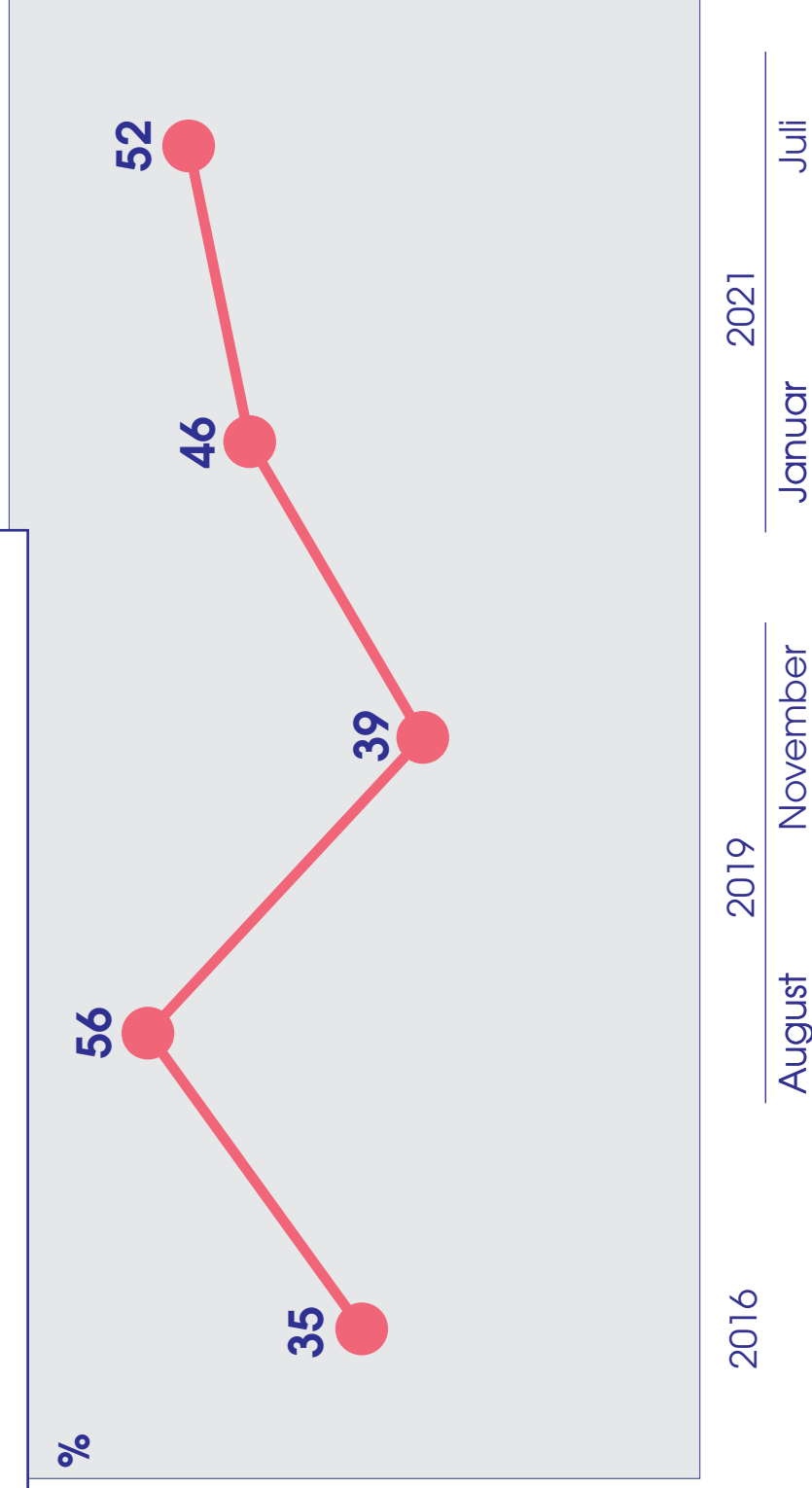


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 6166

Sorgen über den Klimawandel

Frage: "Manche Menschen sind ja besorgt über die Folgen der zunehmenden Erderwärmung und Klimaveränderung. Wie geht Ihnen das?"

Es machen sich über den Klimawandel große Sorgen



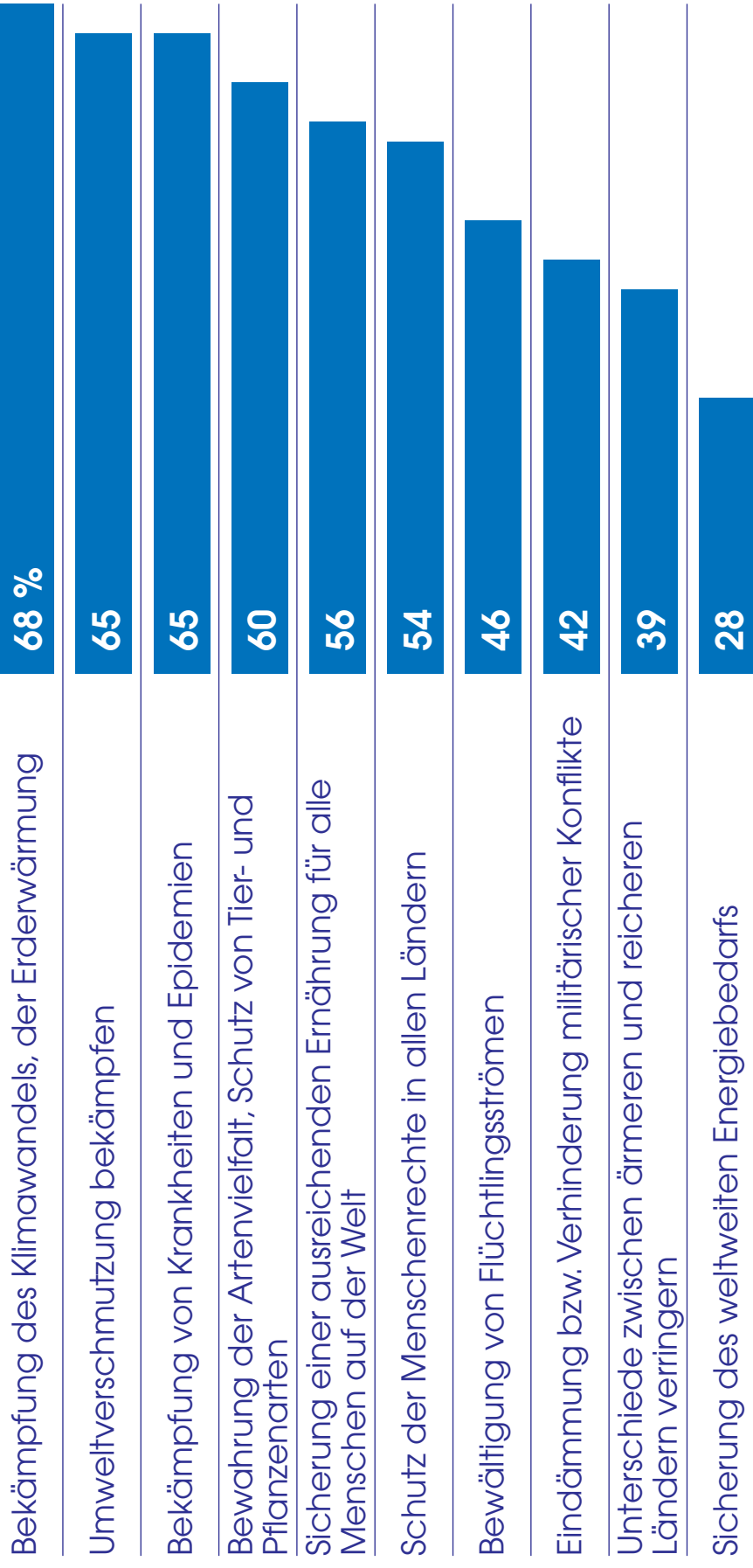
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 6166

Die Bekämpfung des Klimawandels ist auch in Pandemiezeiten aus Sicht der deutschen Bevölkerung die wichtigste globale Herausforderung

Frage: "Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen, vor denen die Welt steht?"

Es sehen als eine der größten globalen Herausforderungen –

Top 10



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung 14 bis 84 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8259

Agenda für die nächste Bundesregierung

Frage: "Wenn Sie einmal an die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl im September denken:
Worum sollte sich die neue Regierung besonders kümmern, was ist Ihnen besonders wichtig?"

TOP 10

Für ausreichend Pflegekräfte sorgen

74 %

Das Gesundheitssystem stärken

71

Für einen verlässlichen Schulunterricht und eine verlässliche Kinderbetreuung sorgen

69

Die Ausbreitung des Coronavirus bekämpfen

65

Dafür sorgen, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht größer werden

64

Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben

60

Für gute Schulen und Hochschulen sorgen

58

Für mehr Nachhaltigkeit, für einen schonenderen Umgang mit Ressourcen sorgen

58

Bekämpfung von Kriminalität

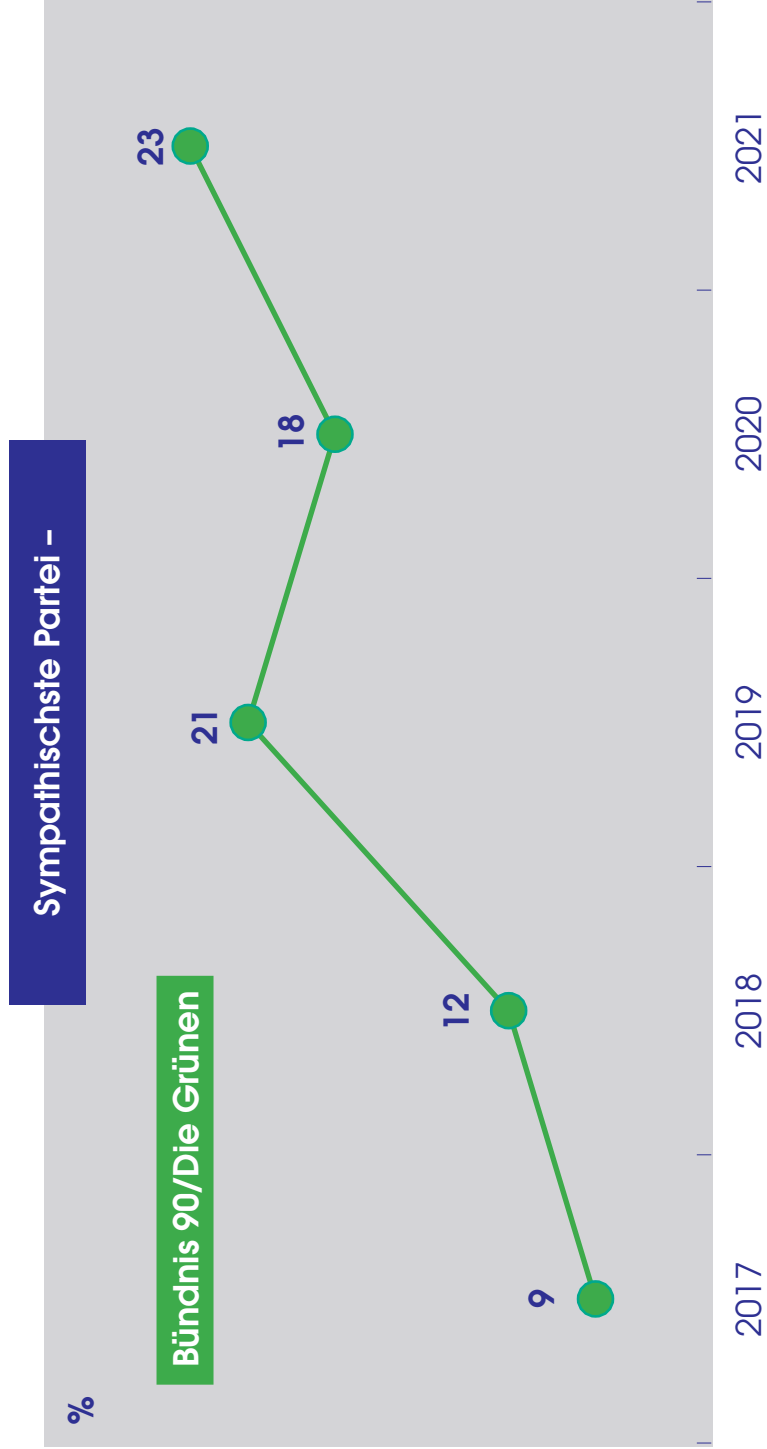
56

Die Zuwanderung nach Deutschland regeln

55

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12037/6166

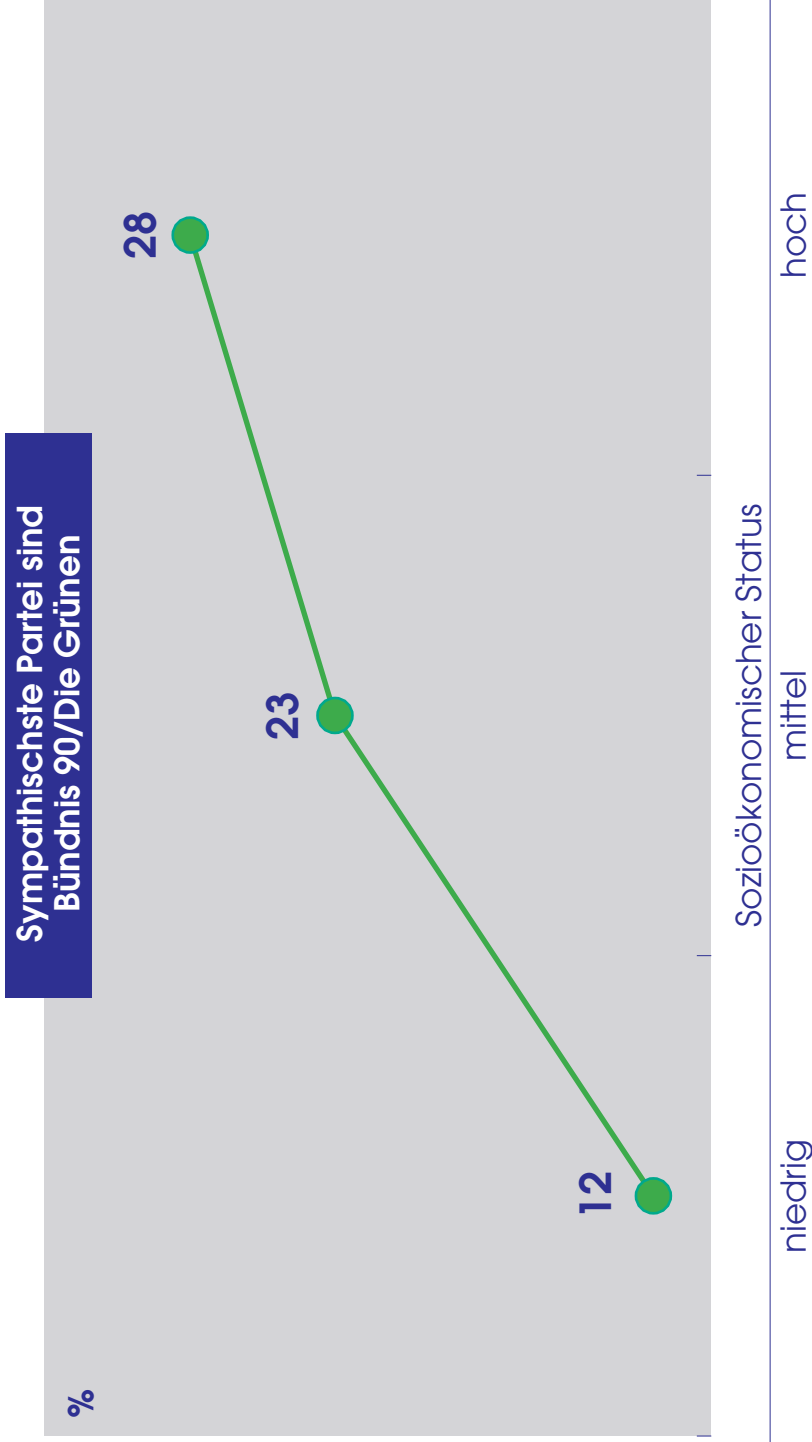
Steiler Anstieg der Sympathien für die Grünen in dieser Legislaturperiode



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 1.2036

© IfD-Allensbach

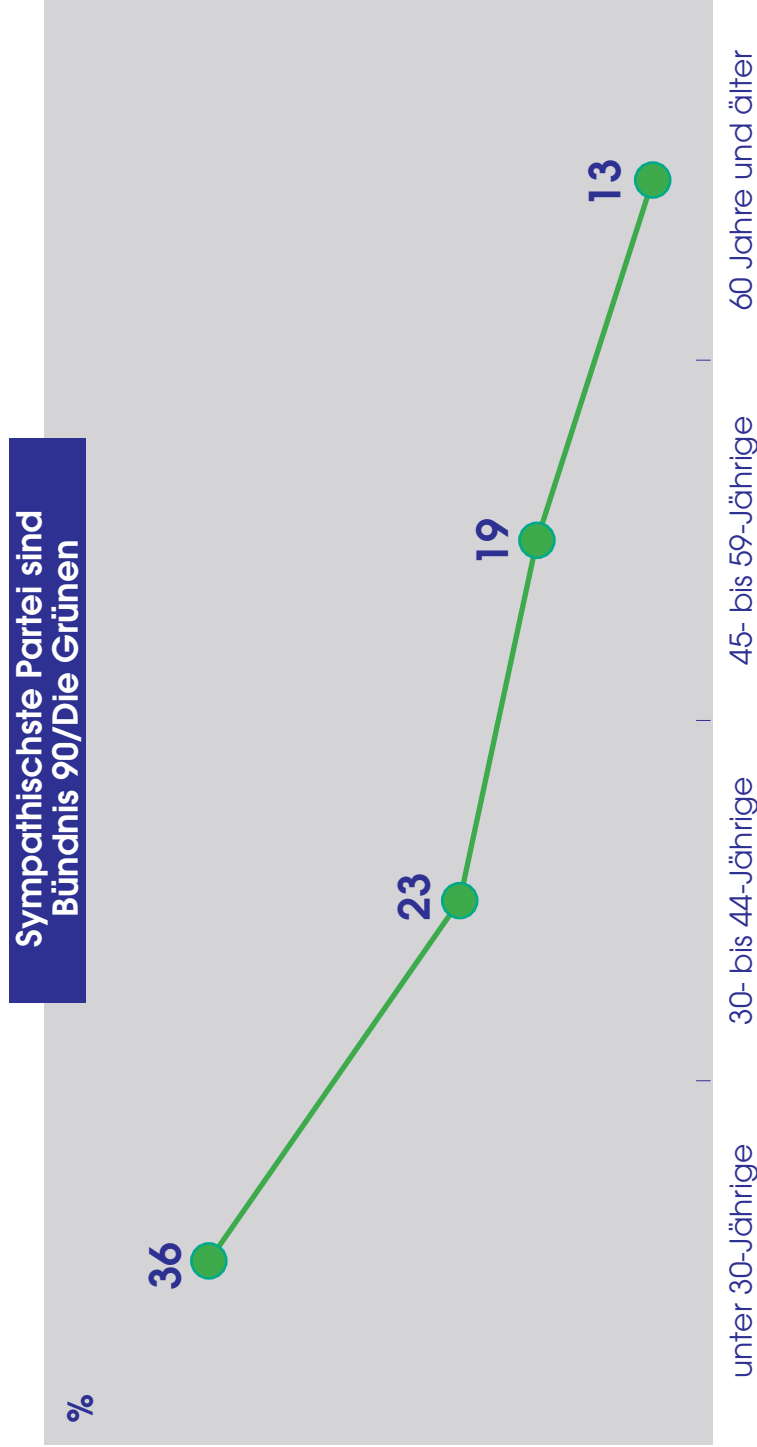
Grüne Parteisympathien sind ausgeprägt schichtgebunden...



Basis: Bundesrepublik Deutschland, deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahre
Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse, AWA 2021

© IfD-Allensbach

...und noch stärker altersgebunden



■ Unter 30-Jährige aus den höheren Sozialschichten: 45 Prozent benennen die Grünen als sympathischste Partei

Basis: Bundesrepublik Deutschland, deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahre
Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse, AWA 2021

© IfD-Allensbach

Klimaschutz mit Augenmaß

Frage: "Hier unterhalten sich zwei über das Thema Klimaschutz. Wer von den beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölkerung insgesamt		Potentielle Wähler von -					
			CDU/ CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	AFD
	%	%	%	%	%	%	%	%
	20		12	23	12	44	36	2

"Für mich ist der Klimaschutz das wichtigste politische Thema. Diesem Ziel muss die Politik alles unterordnen."

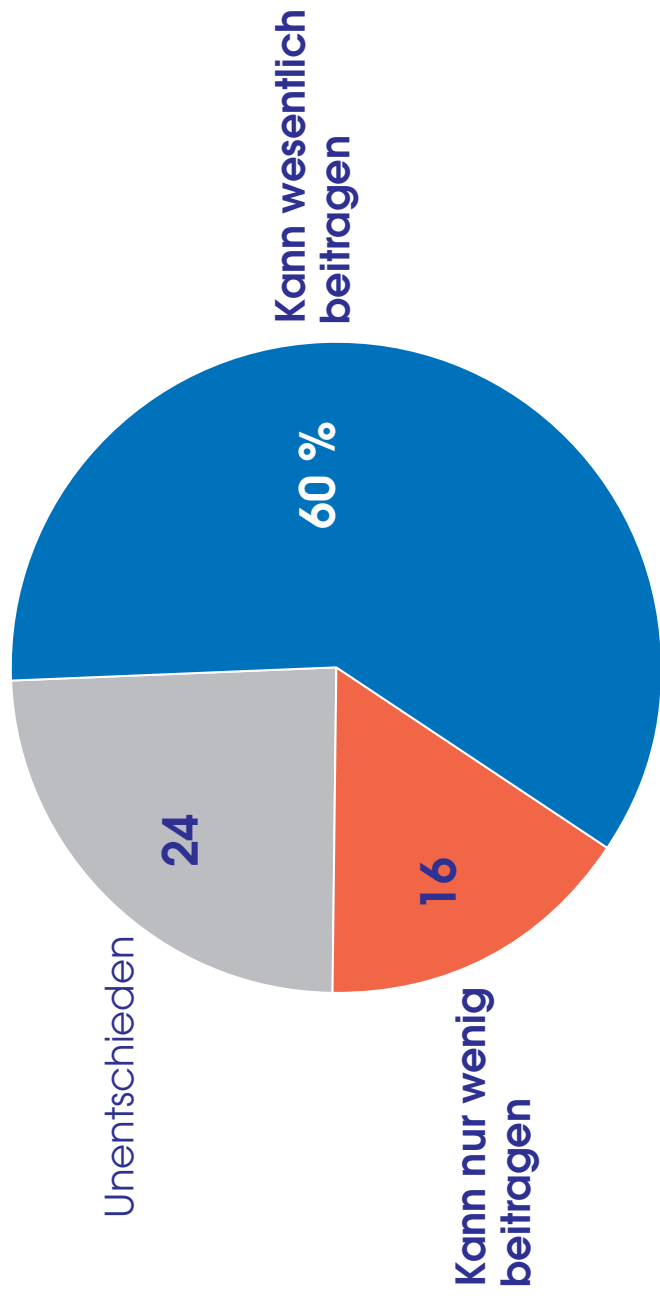
"Das sehe ich anders. Natürlich ist Klimaschutz wichtig. Aber er muss für die Wirtschaft und auch für die Gesellschaft verträglich umgesetzt werden. Man muss hier Kompromisse finden und darf den Klimaschutz nicht über alles stellen."

Unentschieden	5		3	5	-	9	6	4
	100		100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036

Mehrheit überzeugt: großes Potential des technologischen Fortschritts

Frage: "Wie schätzen Sie das ein: Kann der technische Fortschritt ganz wesentlich dazu beitragen, die Klimabelastung zu verringern, oder kann der technische Fortschritt hierzu nur wenig beitragen?"



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 172
vom 28. Juli 2021, S. 8, unter dem Titel:

"Wahl im Zeichen des Klimawandels? Auch nach
der Flutkatastrophe ist für die Mehrheit ein anderes
Thema noch wichtiger."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

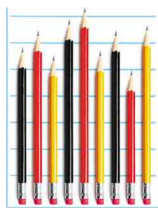
Wahl im Zeichen des Klimawandels?

Diese Legislaturperiode hatte zwei große Themenzyklen, die die Debatten geprägt und teilweise Weltbilder und die politische Agenda verändert haben: die Pandemie und den Klimawandel. Insbesondere 2019 stand im Zeichen der Klimadebatten und der „Fridays for Future“-Demonstrationen, ehe die Pandemie ab März 2020 die Aufmerksamkeit absorbierte. Klimaschutz und generell Nachhaltigkeitsthemen wurden dadurch zwar nicht aus dem Bewusstsein verdrängt, standen aber nicht mehr so im Mittelpunkt der Berichterstattung und Debatten wie zuvor.

Die Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und die Deutung ihrer Ursachen in der Berichterstattung haben dem Thema neue Aktualität verliehen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat die Berichte intensiv verfolgt, ähnlich wie bei den Hochwasserkatastrophen 2002 und 2013. Mehr als damals wurden die Ereignisse diesmal jedoch als Folge des Klimawandels eingeordnet. 2002 sahen 52 Prozent hier einen unmittelbaren Zusammenhang, 2013 45 Prozent, diesmal 62 Prozent. Die Ereignisse haben auch die Sorgen über den Klimawandel wieder verstärkt, jedoch in Grenzen: Am Jahresbeginn waren 46 Prozent der Bevölkerung über den Klimawandel sehr besorgt, aktuell sind es 52 Prozent, 2019 waren es zeitweise 56 Prozent. Der Langzeitrend zeigt, dass diese Sorge volatil ist, abhängig von anderen Themen und Entwicklungen, die die Bürger beschäftigen. Der großen Mehrheit ist jedoch bewusst, dass Klimaveränderungen gravierende Konsequenzen haben. 68 Prozent rechnen die Bekämpfung des Klimawandels daher zu den größten globalen Herausforderungen, gefolgt vom Kampf gegen Umweltverschmutzung, der Bewahrung der Artenvielfalt und der Bekämpfung von Pandemien. Diese Bedeutung wurde dem Klimathema schon vor der Flutkatastrophe zugeschrieben. Unter dem Eindruck der Ereignisse verstärkte sich jedoch die Einschätzung, in Deutschland werde zu wenig für den Klimaschutz getan. Unmittelbar vorher waren davon 41 Prozent überzeugt, in den Tagen danach 54 Prozent. Die höheren sozialen Schichten ziehen eine wesentlich kritischere Bilanz als die Mittelschicht und insbesondere die schwächeren sozialen Schichten. Generell ist das Interesse an Nachhaltigkeitsthemen zunehmend eine Frage der sozialen Schicht. Auch wenn die Mehrheit Umwelt- und Klimaschutz große Bedeutung beimisst, werden diese Themen vor allem von Wirtschaft, Politik und den höheren Sozialschichten vorangetrieben.

In dem Forderungskatalog an die nächste Regierung spielen Klimaschutz und eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Politik eine große Rolle. Zwar dominiert nach wie vor die Pandemie die politische Agenda der Bürger. Die überwältigende Mehrheit konfrontiert die nächste Regierung vor allem mit den Erwartungen, das Gesundheitssystem zu stärken, die Pandemie einzudämmen und dennoch für verlässlichen Unterricht und Kinderbetreuung zu sorgen. Die Mehrheit hält es jedoch gleichzeitig für dringlich, den Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben. Dieses Ziel hat unter dem Eindruck der Ereignisse an Bedeutung gewonnen: Unmittelbar vor der Katastrophe zählten 58 Prozent Klimaschutz zu den wichtigsten Aufgaben, mit denen die nächste Regierung konfrontiert ist, in den Tagen danach 67 Prozent.

Zugleich gehörten Umwelt- und Klimaschutz schon vor den Ereignissen zu den Politikfeldern, bei denen die Mehrheit nach der Wahl einen Kurswechsel wünscht. 55 Prozent halten dies für notwendig. Damit steht dieses Politikfeld jedoch nicht allein. Auch bei der Renten- und Bildungspolitik, in Bezug auf die Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt, die Bekämpfung der Pandemie und die Flüchtlingspolitik hält die Mehrheit einen Neustart für geboten. Forderungen nach einem Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik rangieren gleichauf mit der Klimapolitik; dies ist besonders bemerkenswert, wenn man berücksichtigt, dass die Zahl der Flüchtlinge, die nach Eu-



Auch nach der Flutkatastrophe ist für die Mehrheit ein anderes Thema noch wichtiger.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie, Allensbach

ropa kamen, stark gesunken ist und das Thema auch in der Berichterstattung der letzten Jahre nur eine untergeordnete Rolle spielte. Aber im Bewusstsein der Bürger ist dieses Thema unverändert aktuell.

Dies zeigt sich auch bei den Kriterien für die Wahlentscheidung. Befragt, was eine Partei erfüllen muss, um bei der eigenen Stimmabgabe in Frage zu kommen, spielt die Positionierung zur Migration eine zentrale Rolle – noch vor Klimaschutz und Sozialpolitik. Am wichtigsten sind den Bürgern klare Ziele für die Gestaltung der Zukunft des Landes, gefolgt von der Qualität des Spitzenpersonals. Schon auf dem dritten Rang, von 53 Prozent angeführt, liegt jedoch die Positionierung in Bezug auf die Steuerung von Migration, gefolgt von dem Engagement für Klimaschutz, das für 49 Prozent eines der besonders wichtigen Kriterien ist. Diese Rangfolge hat sich auch unter dem Eindruck der Flutereignisse nicht verändert. Und es gibt weitere Kriterien, die für einen Großteil der Wähler Bedeutung haben: die Pläne für die Weiterentwicklung des Sozialstaats, die Positionierung in Bezug auf die Entwicklung der Staatsschulden, die Berücksichtigung der Interessen der jungen Generation, die Kanzlerkandidaten und die Wirtschaftskompetenz.

Die höheren Sozialschichten messen Klimaschutz, Engagement für die Interessen der jungen Generation und Wirtschaftskompetenz überdurchschnittliche Bedeutung bei, die schwächeren sozialen Schichten den Plänen für die Weiterentwicklung des Sozialstaats. Dagegen gehört die Positionierung in der Migrationspolitik quer durch alle Schichten zu den wichtigsten Kriterien für die Bewertung der Parteien. Die Ergebnisse zeigen, dass es keineswegs ausgemacht ist, dass die Wahl von einem Thema dominiert wird. Auch die Entwicklung der Pandemie könnte die gesellschaftliche Diskussion noch einmal verändern. Zurzeit ist zwar die Positionierung der Parteien bei der Pandemiebekämpfung nur für 35 Prozent der Wähler eines der wesentlichen Kriterien für die eigene Wahlentscheidung; dies hat auch mit den Lockerungen und dem breiten Konsens zwischen den meisten Parteien in dieser Frage zu tun. Zurzeit nehmen die Kontroversen über den Umgang mit Impfunwilligen jedoch zu, und der Blick in andere europäische Länder zeigt, dass sich dieses Thema rasch emotional aufladen kann.

Falls Klimaschutz in den Wochen vor der Wahl die Menschen besonders beschäftigt, verbessert das die Chancen der Grünen, die Diskussionen über ihr Spit-

zenpersonal hinter sich zu lassen und sich programmatisch zu profilieren. Obwohl fast alle im Bundestag vertretenen Parteien in ihren Programmen Klimaschutz eine zentrale Rolle zuweisen, sind die Grünen für die große Mehrheit die Klimaschutzpartei. Dieses Thema hat ihre Ausgangslage für die Wahl im Vergleich zu 2017 völlig verändert, nicht erst in den letzten Wochen, sondern schon in der Mitte der Legislaturperiode. 2017 setzten nur neun Prozent der Wahlberechtigten die Grünen auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien, auch 2018 nur wenig mehr. 2019 sprangen die Sympathien auf 21 Prozent und liegen bei 23 Prozent. Die Zweitstimm-Wahlabsichten entwickelten sich parallel; die Grünen, die 2017 mit 8,9 Prozent das schwächste Ergebnis aller im Bundestag vertretenen Parteien verzeichneten, liegen in den Zweitstimm-Wahlabsichten bei 20 Prozent. Dabei sind sie alles andere als eine Volkspartei. Ihre Bastionen sind vor allem die junge Generation und die höheren Sozialschichten. Aber dort ist ihr Rückhalt groß, insbesondere bei unter 30-Jährigen aus den höheren Schichten; von ihnen setzen 45 Prozent die Grünen auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien.

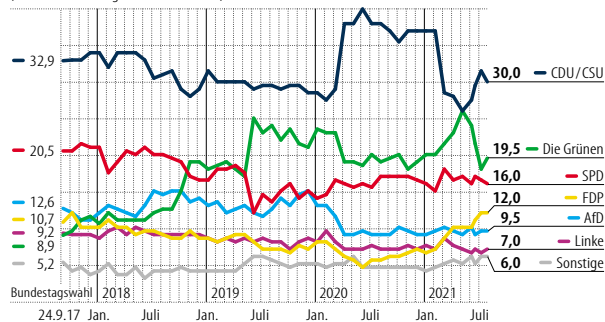
Ob das Anliegen Klimaschutz dauerhaft grüne Sympathien stärkt, ist nicht ausgemacht. Bisher bemühen sich mit Ausnahme der AfD alle Parteien, ihr Engagement für Klimaschutz zu betonen. Die Koalition hat noch in den letzten Tagen vor der Sommerpause ambitionierte Ziele beschlossen. Auf der Ebene des abstrakten Ziels Klimaschutz gibt es einen breiten parteiübergreifenden Konsens. Aber Debatten über die Umsetzung, über konkrete Maßnahmen werden bisher nur ansatzweise geführt – aber das wird es interessant und auch kontrovers.

Die große Mehrheit möchte keinen Klimaschutz um jeden Preis, sondern ein ganzheitliches Konzept, das die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft einbezieht und Kompromisse sucht. 75 Prozent vertreten diese Position; nur 20 Prozent fordern dagegen, dass die Politik alles andere dem Klimaschutz unterordnen sollte. Die potentiellen Wähler der Grünen sind in dieser Frage gespalten, während die Anhänger aller anderen Parteien mit großer Mehrheit für die Kompromisslinie votieren. Den Bürgern ist auch bewusst, dass Klimaschutz nur mit einer gemeinsamen globalen Kraftanstrengung vorangebracht werden kann. 72 Prozent halten es für mit am wichtigsten, dass sich alle Länder um eine Verringerung der Klimabelastungen bemühen. Die Bürger wissen auch, dass das bisher nicht der Fall ist. Trotzdem unterstützen sie das nationale und europäische Engagement für einen besseren Klimaschutz. Wenn verstärkt Maßnahmen ergriffen würden, die die Bürger belasten, während gleichzeitig in weiten Teilen der Welt Klimaschutz weiter vernachlässigt wird, ist es fraglich, ob die Unterstützung hält. Trotz der politischen Signale und Beschlüsse bezweifelt die Mehrheit nach wie vor, dass die Elektromobilität die einzig mögliche und überzeugende Option ist, um einen besseren Klimaschutz zu erreichen. 58 Prozent sehen die Umweltbilanz von Elektroautos zurzeit noch kritisch. Nur 21 Prozent halten daher die vorrangige Förderung der Elektromobilität für richtig; die Mehrheit plädiert für Technologieoffenheit.

Die Bevölkerung setzt in hohem Maße auf den technischen Fortschritt – mehr als die Politik, die Schwierigkeiten hat, nur schwer kalkulierbare Technologiesprünge in ihren langfristigen Plänen zu berücksichtigen. 60 Prozent der Bevölkerung sind jedoch überzeugt, dass der technische Fortschritt wesentlich zur Verringerung der Klimabelastung beitragen kann. 45 Prozent sind sogar überzeugt, dass der technische Fortschritt der entscheidende Schlüssel zum Erfolg ist und dass alle anderen Maßnahmen weniger Wirkung zeigen werden. Die Debatten über die konkreten Maßnahmen werden in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen und versprechen viel Konfliktstoff. In diesem Wahlkampf mochten die Parteien diese wichtigen Debatten nicht führen.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimm-Ergebnisse in Prozent)



Sorgen über den Klimawandel

Glauben Sie, dass die Überschwemmungen Folge einer langfristigen Klimaveränderung sind? (Zustimmung in %)



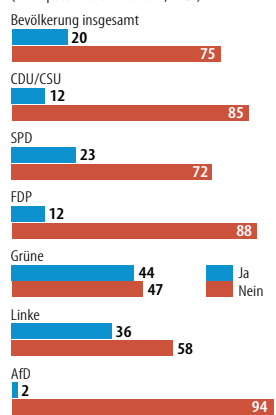
Machen Sie sich große Sorgen über den Klimawandel? (Zustimmung in %)



Kann der technische Fortschritt wesentlich dazu beitragen, die Klimabelastung zu verringern? (Zustimmung in %)



Sollte die Politik dem Thema Klimaschutz alles andere unterordnen oder nicht? (Nach potentiellen Wählern, in %)



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/FA.Z.-Grafik Walter